

## „Bierholen nein – Ausbildung ja“ Lehrlingsproteste in Hamburg 1969

Vortrag von Knud Andresen, Nacht des Wissens, 7. November 2009

Am 21. Dezember 1969 versammelten sich rund 50 Lehrlinge und Gewerkschaftsaktivisten auf der Mönkebergstraße. Sie enthüllten ein „Lehrlingsdenkmal“ und fegten symbolisch die Straße. Begleitet wurden sie von einem Aufgebot an Journalisten. Das Foto dieser Aktion wurde vielfach nachgedruckt und bekam ikonographischen Charakter.



„Feg-In“ von Hamburger Lehrlingen im Dezember 1969 in der Mönkebergstraße.

Allgemeinhin gelten die „Jahre um 1968“ als studentisches Ereignis, und wer selbst aktuelle Publikationen zu dem Bereich anschaut, wird kaum etwas über Unruhe bei der Arbeiterjugend finden. Dabei waren bereits 1968 auch Lehrlinge und jugendliche Arbeiter an vielen Protesten und Demonstrationen beteiligt.

Dennoch griff die „Unruhe der Jugend“ erst Ende 1968 auf die Betriebe über. In Hamburg stürten im September 1968 Studenten der HWP auf Anregung von Metalllehrlingen eine Freisprechungsfeier in der Handelskammer. Auch mithilfe der neugegründeten SDAJ, aber auch unter antiautoritären Einflüssen entwickelte sich eine „Lehrlingsbewegung“, für die Hamburg eines der Ausgangszentren war.

Das bekannteste Signum des Jahres 1969 ist der verkürzte Satz von Willy Brandts Regierungserklärung „Mehr Demokratie wagen“. Brandt setzte damit im Oktober 1969 auf eine breite Strömung vor allem in der jugendlichen Bevölkerung, die eine umfassende Demokratisierung und neue partizipatorische Experimente forderte.

Die radikalisierte Studentenbewegung zerfiel 1969 in viele Fraktionen. Bei dem Zerfall stand eine erneute strategische Orientierung auf die Arbeiterklasse im Vordergrund. Dies lässt erwarten, dass die Unruhe unter den Lehrlingen damit im Zusammenhang stand. Aber dies hieße, die Eigendynamik zu vernachlässigen; Studierende kamen mit vor, waren aber nicht alleinige Protagonisten der Lehrlingsbewegung.

Die Jugendlichen in den Betrieben, die überwiegend als Lehrlinge ins Berufsleben starteten, fanden sich in Forderungen nach Demokratisierung, ja noch mehr nach Würde und Anerkennung aus ganz eigener Erfahrung wider. Die Berufsausbildung war vielfach veraltet und fand in den traditionellen Rahmen einer beruflichen Erziehung mit der Vermittlung von sogenannten Sekundärtugenden statt. Die Lehrlingsbewegung setzte vor allem hieran an. Kritisiert wurden vor allem die sogenannten „ausbildungsfremden Tätigkeiten“: Bierholen, das symbolträchtige Fegen oder Einkaufsgänge wurden als besondere Form der Ausbeutung kritisiert. Damit verband sich die Forderung nach einer modernen, zukunftsfähigen Ausbildung. Denn bereits 1969 wurde davon ausgegangen, dass die Mehrzahl der Beschäftigten sich auf ein lebenslanges Lernen und berufliche Mobilität einzustellen habe. Die Lehre als Erziehungsinstitution mit fehlenden beruflichen Perspektiven, was vor allem für die Handwerkslehrlinge galt, die zumeist auf einen industriellen Arbeitsplatz wechselten, war nicht mehr ausreichend.

Diese Kritik wurde von den Gewerkschaften, aber auch von der Bildungsforschung unterstützt; im Juni 1969 verabschiedete der Bundestag ein Berufsbildungsgesetz, mit dem es fortan „Auszubildender“ und nicht mehr Lehrling hieß.

Aber die Bewegungsdynamik war nicht allein durch neue Gesetze zu regeln. Es häuften sich auch Konflikte zum Beispiel um lange Haare bei Lehrlingen oder sehr oft auch die Forderung, gesiezt statt geduzt zu werden und nicht mehr herabwürdigenden Beschimpfungen durch Meister und Gesellen ausgesetzt zu sein. Mit diesen Konflikten setzte sich eine kulturelle Liberalisierung auch in den Arbeitswelten durch.

Allerdings war dies auch ein Konflikt von unterschiedlichen kulturellen Verständnissen. Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Joseph Wild, ein Konditormeister, der 1915 seine Lehre begonnen hatte, zeigte sich

Anfang 1970 konsterniert, als Spiegel-Reporter ihn auf die unruhigen Lehrlinge ansprachen. Denn für ihn war es selbstverständliche soziale Praxis, dass die Gesellen Bier auf der Arbeit trinken und dies jemand zu holen habe. Er riet den Meistern, nun nicht jeden Tag denselben loszuschicken.

Die Lehrlingsbewegung war 1969 noch weitgehend auf einzelne Initiativen beschränkt und besaß nur ein geringes kollektives Selbstverständnis. Zur größten Herausforderung wurde sie für die Gewerkschaften. Hier bestand eine double-bind-Situation: Die Gewerkschaften waren die größte und einflussreichste politische Vertretung der Beschäftigten in der Arbeitswelt und galten in den linken Theorien als wichtige Ressource zur Mobilisierung; andererseits galten sie als bürokratisch und sozialdemokratisch. In Hamburg wurde dieser Widerspruch 1969 manifest: linke Lehrlinge und Studierende störten am 1. Mai die Kundgebung, auf der Willy Brandt und Otto Brenner sprachen. Der DGB-kreisvorsitzende Adalbert Höhne wollte anschließend die Trennung von den linken Gruppierungen, aber auf einer Funktionärskonferenz kritisierten viele Gewerkschafter, dass eine umfassende gewerkschaftliche Jugendarbeit fehle und daher die Störung auch als berechtigte Kritik zu verstehen sei. Der Hamburger DGB entwickelte dann, unter Einfluss gewerkschaftlicher Studenten der HWP ein Sofortprogramm. Wesentlicher Punkt war, dass ein „jour Fix“ eingerichtet wurde, in dem ab September 1969 jugendliche Beschäftigte zusammenkamen. Der Jour Fix organisierte dann Aktionen vor einigen Fabriken oder Aktionen wie das „Feg-In“ auf der Mönkebergstraße oder agierte innerhalb gewerkschaftlicher Aktionen wie den Tarifverhandlungen im September 1970, als Lehrlingen mit eigenen hohen Lohnforderungen auftraten.

Der DGB-Bundesvorstand interessierte sich für das Hamburger Modell, da es einen Ausweg aus der in der ganzen Republik auftretenden Unruhe von Lehrlingen zu ermöglichen schien. Tatsächlich entstanden 1970 bis zu 150 sogenannte Lehrlingszentren, in denen sich analog zum Hamburger Jour Fix jugendliche Beschäftigte trafen, gemeinsame Probleme diskutieren und eine Reihe von öffentlichen Aktionen durchführten.

Das strategische Dilemma der Lehrlingsbewegung blieb ihre nur teilautonome Strategiefindung. Zwar prägten insbesondere anfangs auch antiautoritäre Kräfte sowie maoistische Gruppen die Arbeit, aber die Mehrzahl fühlte sich den Gewerkschaften trotz vielfältiger Kritik an bürokratischen Strukturen verbunden. Der Impuls der Lehrlingsbewegung führte schließlich zu einer rasanten Politisierung der Gewerkschaftsjugend, eine mögliche Autonomie der Jugend innerhalb der Gewerkschaften wurde jedoch verworfen. Nach vielfältigen Aktionen, die häufig auch zu Konflikten mit lokalen Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären führte, wurde ab 1971/72 die Orientierung weg von der offenen Jugendarbeit der Lehrlingszentren hin zu einer stärkeren Konzentration auf betriebliche Aspekte gelegt sowie die Zusammenarbeit mit der Gesamtorganisation bestärkt. Die Lehrlingsbewegung endete also als eigenständige Bewegung, bevor sie sich ganz entfaltet hatte. Ihr wesentliches Ergebnis war ein starker Aufschwung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

Hier setzten sich dann wieder in geordneten rechtlichen Bahnen langsam Veränderungen durch. Zwar kam es nicht zu einer grundlegenden Reform der Berufsausbildung, die zeitgenössisch vor allem auf eine Verschulung der beruflichen Ausbildung zielte. Aber die pädagogische Qualifikation der Ausbilder, eine stärkere fachliche Ausrichtung der Lehrzeit und kulturell liberale Elemente auch in den Betrieben waren Ergebnisse der Lehrlingsunruhe.

Insofern war die Brandtsche Forderung von „Mehr Demokratie wagen“ auch in den Betrieben stärker verankert, auch wenn die häufig erwartete grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erfolgte. Aber eine stärkere Orientierung der beruflichen Ausbildung an schulischen Qualifikationen, überhaupt der Rückgang von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen und der Ausbau beruflicher Qualifikationswege waren Entwicklungen, die durch die Unruhe der Lehrlinge mit forciert wurden.